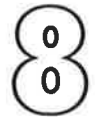




Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. August 1987
7. Jahrgang, S. 116–133
ISSN 0177–1868



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	116
Provisionszahlungen – "Honorar" – an Steuerberater	117
– Schadenersatzpflicht ohne Fehlberatung (BGH Ur.t.v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86)	
Haftung des Steuerberaters	119
– Unternehmerische Fehlentscheidungen des Mandanten	
– Beteiligungen an Steuersparmodellen (BGH Ur.t.v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85)	
Haftung des Steuerberaters	125
– Steuerstrafe als Schaden?	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 22.1.1987 – 18 U 146/86, nicht rechtskräftig, Az. des BGH IVa ZR 42/87)	
Anwaltspflichten und Beantragung eines Versäumnisurteils	127
– Mandanteninteresse	
– Gebot kollegialer Rücksichtnahme (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 15.5.1986 – 2 U 80/85)	
GI Hinweis	129

GI Leitsätze

Herausgabe gespeicherter Buchhaltungsdaten

Es besteht keine erkennbare Anspruchsgrundlage für die Verpflichtung eines Steuerberaters zur Abgabe einer Zustimmungserklärung zur Datenübermittlung von Datenverarbeitungsunternehmen, denen sich der Steuerberater zur Erstellung der Buchführung seines Mandanten bedient (hier DATEV), an den Mandanten bzw. an seinen Nachberater nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

(LG Braunschweig Urt. v. 11.1.1985 – 5 O 432/84 – StB 1987, 15)

Anmerkung:

Bitte beachten Sie, daß überwiegend die gegenteilige Auffassung vertreten wird. Die bei der DATEV gespeicherten Daten des Mandanten sind danach Arbeitsergebnisse des Steuerberaters aus dem Mandat, die sowohl §§ 667, 675 BGB herauszugeben sind, als auch zum Gegenstand des Zurückbehaltungsrechts gem. § 273 BGB gemacht werden können. So: LG Münster Urt. v. 10.7.1981 – 10 S 29/81; AG Maulbronn Urt. v. 24.4.1984 – 1 C 334/84; LG Duisburg ZIP 1982, 603; Pelka/Hartmann, Beck'sches Steuerberaterhandbuch 1986, Teil F 65 ff;

Zur Herausgabepflicht von Geschäftsunterlagen des Mandanten vgl. OLG Düsseldorf GI 3/84 mit weiterführenden Hinweisen.

Erstattungsfähige Kosten eines Rechtsanwalts

– Umsatzsteuer auf Reisekosten

In die Berechnung der dem Rechtsanwalt zu erstattenden Umsatzsteuer ist auch die mit seinen Reisekosten – Eisenbahnfahrkarten, Taxikosten – verauslagte Umsatzsteuer unabhängig davon einzubeziehen, ob er sie als Vorsteuer abziehen kann.

(BDiG Beschl. v. 29.1.1987 – IV VL 37/85, MDR 1987, 467)

Internationale Verbindung mit Berufskollegen

Es stellt keinen Verstoß gegen das Werbeverbot des § 57 Abs. 1 StBerG und auch keinen unlauteren Wettbewerb dar, wenn ein Steuerberater oder eine Steuerberatungsgesellschaft im Rahmen der Kundmachung auf vertragliche Beziehungen zu ausländischen Berufskollegen hinweist. (LG Düsseldorf Urt. v. 21.5.1986 – 12 O 584/85 – STEUER-TELEX 338/87)

Provisionszahlungen – "Honorar" – an Steuerberater

– Schadenersatzpflicht ohne Fehlberatung
(BGH Urt. v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86)

Leitsatz (amtl.):

Ein Steuerberater, der sich pflichtwidrig von einem Mandanten eine Provision dafür gewähren läßt, daß er seinen Mandanten zu einem Vertragsschluß mit dem Dritten veranlaßt und die Zuwendung seinem Mandanten nicht offenbart (BGHZ 95, 81), hat dem Mandanten einen durch die Anlageentscheidung eingetretenen Schaden zu ersetzen, auch wenn ihm kein weiteres Versehen, etwa eine falsche Beratung, anzulasten ist.

Zum Sachverhalt:

Der beklagte Steuerbevollmächtigte führte für den Kläger einen niedergelassenen Arzt, über mehrere Jahre die Buchhaltung, fertigte die Jahresabschlüsse und beriet die klagenden Eheleute in steuerlichen Angelegenheiten. Auf deren Frage, was sie zur Verringerung ihrer Steuerschuld unternehmen könnten, wies er auf verschiedene steuersparende Geldanlagemöglichkeiten hin. Unter anderem zeigte er auch Prospekte sog. „Bauherrenmodelle“. Zwischen den Parteien ist streitig, ob der beklagte Steuerbevollmächtigte den Klägern ein bestimmtes Anlageobjekt empfohlen oder ob er sogar beauftragt war, die Wirtschaftlichkeit und die Qualität des Objekts für die Kläger zu prüfen. Nach deren Beitritt zu einer Bauherrengemeinschaft erstellte der Kläger – ohne deren Wissen – eine „Honorarrechnung“ über DM 3.088,50, die er dem Bauträger zuleiten ließ und durch Überweisung vom Bauherrenkonto der Kläger bezahlt erhielt. Diesen Betrag hat er inzwischen zurückgezahlt. Der Bauträger stellte später Vergleichsantrag. Die Kläger verlangen Schadenersatz.

Aus den Gründen:

Das Berufungsgericht geht davon aus, daß sich Inhalt und Umfang der Pflichten des Steuerberaters in erster Linie nach dem ihm im jeweiligen Einzelfall erteilten Auftrag richten. Eine Pflicht des Steuerberaters, seinen Mandanten in umfassender Weise über die Konsequenzen und Risiken des Beitritts zu einem Bauherrenmodell zu beraten, könne deshalb nur dann entstehen, wenn ihn der Mandant um die Prüfung eines ganz

bestimmten Projekts ersucht und der Steuerberater diese Prüfung mindestens stillschweigend übernommen habe. Das entspricht der Rechtsprechung des Senats (Urt. v. 9.12.1981 – IVa ZR 42/81 – VersR 1982, 245 und ständig). Allerdings muß der aus Anlaß einer Anlageentscheidung befragte Steuerberater auch ungefragt wesentliche steuerlich bedeutsame Einzelheiten darlegen und über ihre Folgen belehren. Insbesondere einem steuerlich wenig bewanderten Mandanten gegenüber trifft den Steuerberater und ebenso den Steuerbevollmächtigten eine weitgehende Beratungspflicht. Das gilt indessen zunächst nur für die eigentlichen steuerrechtlichen Fragen, also hier insbesondere die Funktionsweise eines Bauherrenmodells und die Auswirkungen eines Beitritts auf das Vermögen des Mandanten. Zur Prüfung eines bestimmten Anlagemodells auf seine Wirtschaftlichkeit und Qualität ist der Steuerberater dagegen nur verpflichtet, wenn er damit eigens beauftragt ist. Allerdings kann der steuerliche Berater im Rahmen seiner allgemeinen Vertragspflicht, seinen Mandanten vor Schaden zu bewahren, auch gehalten sein, auf etwaige wirtschaftliche Fehlentscheidungen hinzuweisen, wenn diese offen zutage liegen (BGH Urt. v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85 – GI 1987, 119).

Das dem Beklagten vom Bauträger gezahlte Honorar qualifiziert der Berufungsrichter ohne Rechtsverstoß als standesrechtlich nicht erlaubte Vermittlungsprovision, die ihm für die erfolgreiche Nennung der Kläger als Interessenten zugewendet worden sei. Eine Schadenersatzpflicht des Beklagten – so fährt das Berufungsgericht fort – könnte daraus aber nur dann abgeleitet werden, wenn der Beklagte zugleich auch die Beratung der Kläger hinsichtlich ihres Beitritts zu der Bauherrengemeinschaft übernommen hätte. In diesem Falle würde der Beklagte selbst dann für einen etwaigen Schaden haften, wenn ihm eine Fehlberatung nicht vorzuwerfen wäre. Auch dieser rechtliche Ansatz ist richtig. Der Senat hat wiederholt ausgesprochen (zuletzt in BGHZ 95, 81), daß der Steuerberater, der sich von einem Dritten eine Provision dafür gewähren läßt, daß er seinen Mandanten zu einem Vertragsschluß mit diesem Dritten veranlaßt, pflichtwidrig handelt, wenn er die ihm zugewendete Provision seinem Mandanten nicht offenbart. Mit dem dem Beklagten zugeflossenen „Honorar“ verhält es sich nicht anders. Es wurde zwar zu Lasten des Bauherrenkontos der Kläger verbucht, sollte also letztlich von diesen getragen werden. Da das aber ohne Wissen der Kläger geschah, erscheint die Zahlung – wie das Berufungsgericht ausdrücklich feststellt – in Wahrheit als eine Zuwendung des verfügbaren Bauträgers für die Benennung der Kläger. Den aus dieser Pflichtwidrigkeit entstehenden Schaden hat der Berater seinem Mandanten zu ersetzen.

Dabei kommt es nur darauf an, ob sich die Vermögenslage des Mandanten ohne die Pflichtwidrigkeit günstiger gestaltet hätte, als sie sich infolge der Pflichtwidrigkeit darstellt. Es muß sich also **feststellen lassen, daß der Mandant bei einer Offenbarung der Provisionszahlung die Anlageentscheidung nicht getroffen hätte**, wovon nach der Lebenserfahrung häufig auszugehen sein wird, und daß das Vermögen des Mandanten sich durch die Anlageentscheidung gemindert hat. Dagegen ist nicht Voraussetzung eines derartigen Schadenersatzanspruchs, daß dem Berater ein weiteres Versehen, etwa eine falsche Beratung, anzulasten ist. Erforderlich ist aber jedenfalls, daß der Steuerberater den Mandanten hinsichtlich eines bestimmten Objekts berät und es ihm empfiehlt; denn mit dem nur allgemeinen Hinweis auf beliebige Bauherrenmodelle handelt er – wenn nicht weiteres hinzutritt – nicht pflichtwidrig.

Weiterführender Hinweis:

Der Bundesgerichtshof hat sich zuletzt in seinem Ur. v. 1. 4. 1987 – IV a ZR 211/85, GI 1987, 84 – mit Fragen von Provisionszahlungen an Steuerberater oder deren Strohleute befaßt. Wir verweisen im übrigen auf die ausführlichen weiterführenden Rechtsprechungs- und Literaturhinweise in GI 1987, 88 f.

Haftung des Steuerberaters

- Unternehmerische Fehlentscheidungen des Mandanten
 - Beteiligung an Steuersparmodellen
- (BGH Ur. v. 4. 3. 1987 – IV a ZR 222/85)

Leitsatz (amtl.):

Zur Frage, ob und ggf. unter welchen Umständen ein steuerlicher Berater dafür haftet, daß er unternehmerische Fehlentscheidungen seines Mandanten – hier: zukünftige wirtschaftliche Belastung durch Zins und Tilgung bei der Beteiligung an Steuersparmodellen – nicht verhindert hat.

Leitsätze (d. Verf.):

1979 und 1980 wurden Immobilien noch als im Wert steigende, zumindest wertbeständige Anlagegüter angesehen.

Es gehört zum Allgemeinwissen jedes Geschäftsmannes, daß Steuersparnisse nur bei entsprechenden Einkommen bzw. entsprechender Steuerschuld zu erzielen sind.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger hat sich in der Zeit vom 4. 5. 1979 bis 4. 10. 1980 an insgesamt 6 Bauherrengemeinschaften beteiligt. Steuerlich wurde er dabei von dem beklagten Steuerberater beraten. Dieser hatte im übrigen die Aufgabe, die Buchhaltung seines Gewerbebetriebs und die Steuererklärungen zu erstellen.

Der Kläger kann infolge gesunkenen Einkommens die Verpflichtungen aus den Beteiligungen nicht mehr erfüllen. Er hat den Steuerberater für seinen Schaden verantwortlich gemacht.

Aus den Gründen:**Pflicht zur Belehrung über steuerliche Risiken**

Das Landgericht und das Oberlandesgericht haben die durch diesen Rechtsstreit aufgeworfene Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen ein steuerlicher Berater dafür haftet, daß er unternehmerische Fehlentscheidungen seines Mandanten nicht verhindert hat, unterschiedlich beantwortet. Beide gehen davon aus, ein gesonderter Auftrag zur Anlageberatung habe nicht bestanden; der Beklagte habe aber im Rahmen des ihm erteilten Mandats als steuerlicher Berater den Kläger beraten müssen.

Dieser Ansatz ist rechtlich nicht zu beanstanden. Inhalt und Umfang der Pflichten des steuerlichen Beraters richten sich jeweils nach dem im Einzelfall zwischen ihm und dem Mandanten geschlossenen Vertrag. Dabei hat der Berater grundsätzlich von der Belehrungsbedürftigkeit seines Mandanten in steuerlichen Fragen auszugehen. Deshalb muß er auch ungefragt Hinweise geben. Dann aber hatte der Beklagte dem Kläger nicht nur ein unverbindliches Rechenbeispiel über die steuerliche Funktion von Verlustzuweisungen vorzuführen. Vielmehr gehörte zu der steuerlichen Beratung eine umfassende Aufklärung über die Arten und Möglichkeiten der bei solchen Beteiligungen zu erzielenden Verlustzuweisungen und über deren Vorteile, Nachteile und Risiken in steuerlicher – nicht in wirtschaftlicher – Hinsicht (ständige Rechtsprechung des BGH, z. B. Ur. v. 6. 12. 1979 – VII ZR 19/79 – WM 1980, 308, 309 = VersR 1980, 264, 265 = LM BGB § 675 Nr. 73; Senatsurteil v. 9. 12. 1981 – IV a ZR 42/81 – WM 1982, 128 = VersR 1982, 245). Allerdings kann der steuerliche Berater im Rahmen seiner allgemeinen Vertragspflicht, seinen Mandanten vor Schaden zu bewahren, auch gehalten sein, auf etwaige wirtschaftliche Fehlentscheidungen hinzuweisen, wenn diese offen zutage liegen.

Rechtlich fehlerhaft hat das Berufungsgericht nicht genügend bedacht, daß die aus den jeweiligen Umständen des Einzelfalles abzuleitende Vereinbarung den Pflichtenumfang bestimmt. Erst wenn der Richter seiner Aufgabe nachgekommen ist, diesen Pflichtenumfang festzustellen, kann er prüfen, ob und wodurch etwa Pflichtverstöße begangen worden sind.

.....

Abgrenzung Steuerberatung und Anlageberatung

Mehr als eine zutreffende Erläuterung der Funktionsweise dieser Steuersparmodelle und daneben die Beachtung der auch vom Tatrichter hervorgehobenen allgemeinen Schadenverhütungspflichten konnte der Kläger nach dem bisherigen Sach- und Streitstand vom Beklagten an fachlicher Beratung nicht erwarten.

Der Beklagte hat für die über das Steuerrechtliche hinausgehenden Fragen den Kläger auf den Anlagevermittler verwiesen. Auf diesen hat er alles „abgeschoben“, von ihm ließ er sich in Gegenwart des Klägers sogar selbst beraten. Darin liegt ein gewichtiger Unterschied gegenüber der Fallgestaltung im bereits genannten Senatsurteil v. 9.12.1981 (IV a ZR 42/81 – WM 1982, 128 = VersR 1982, 245); in jenem Fall wurde der Steuerberater aus Anlaß einer Anlagevermittlung erkennbar als individueller Fachberater herangezogen. Deshalb konnte der Kläger ohne entsprechende ausdrückliche Aufforderung insbesondere nicht damit rechnen, der Beklagte werde sich an seine Stelle als Unternehmer setzen und vorausschauend überlegen, wie weit er, der Kläger, sich aus Anlaß der aktuellen Steuerersparnis in weiterer Zukunft belasten könne, wie also seine eigene wirtschaftliche Zukunftserwartung aussehe. Das gilt umso mehr, als der Kläger den Beklagten keineswegs in alles und jedes eingeweiht hat. Nach den Angaben des Klägers bei seiner Anhörung anläßlich der Parteivernehmung des Beklagten haben der Kläger und sein Bruder von sich aus schon 1979 die zusätzlichen Erwerb ermöglichende Gastwirtschaft eröffnet. Der Beklagte hat dazu unwidersprochen ausgesagt, es sei geplant gewesen, daraus eine Gaststättenkette zu machen. Insbesondere der Verkauf der Einnahmequelle Gewerbebetrieb im Oktober 1981, der unstreitig ohne Hinzuziehung oder auch nur Unterrichtung des Beklagten geschah, deutet darauf hin, daß dessen Rat in wirtschaftlichen Dingen für den Kläger wenig Bedeutung hatte.

Außerdem wurden **1979 und 1980** allgemein noch **Immobilien als im Wert steigende, jedenfalls wertbeständige Anlagegüter** angesehen. Demgemäß konnten nicht nur der Kläger oder der Anlagevermittler, sondern – wenn nicht Gegenteiliges festgestellt wird – auch der Beklagte davon ausgehen, notfalls werde man wieder verkaufen.

Beurteilung der unternehmerischen Zukunft und der wirtschaftlichen Belastbarkeit

Die **zukünftige Gewinnentwicklung zu beurteilen** und danach die bei dem Ankauf von Steuersparmodellen notwendigen **Gewinnzahlen vorzugeben**, war nach den bisherigen Feststellungen also **Aufgabe und Risiko des Klägers** gegenüber dem Beklagten, nicht etwa umgekehrt. Für einen weitergehenden Pflichtenumfang ist der Kläger darlegungs- und beweispflichtig. Zu Unrecht bürdet demgegenüber das Oberlandesgericht dem Beklagten die Darlegungs- und Beweislast auf. Seine Erwägung, die Tatsachen hätten wegen der zeitlichen Begrenzung der Subventionen gegen ein Verbleiben des Klägers in der Gewinnzone der Jahre 1978 und 1979 gesprochen, die gegenteilige Annahme des Beklagten sei Spekulation gewesen, **setzt wie ausgeführt die Verpflichtung des Beklagten voraus, die unternehmerische Zukunft und wirtschaftliche Belastbarkeit des Klägers vorausschauend zu bedenken**. Einen dahingehenden Auftrag hat das Oberlandesgericht aber nicht festgestellt. Ohne eine solche Auftragerweiterung ist es Aufgabe des Klägers darzutun und zu beweisen, daß die etwaigen Vermutungen oder Ansichten des Beklagten über die wirtschaftliche Zukunft des Klägers durch eigene deutliche Informationen ersetzt worden sind. Der Kläger mußte den Beklagten nicht nur darüber unterrichten, Mitte 1980 werde der „Schallschutz-Boom“ in seinem Bereich vorbei sein, sondern auch darüber in Kenntnis setzen, daß dann das Einkommen des Klägers drastisch zurückgehen, daß er keine neue oder andere Quelle erschließen werde.

Verschulden des Steuerberaters?

Weiter fehlen im Berufungsurteil nachvollziehbare Ausführungen dazu, wie unter diesen Umständen das Verschulden des Beklagten begründet werden soll. Die hervorgehobenen Erwägungen – grundsätzlicher Verantwortungsbereich des Klägers, mangelnde Unterrichtung des Beklagten, Hoffnung auf weitere Schallschutzgeschäfte in anderen Bereichen sowie auch sonstige Geschäfte, eigenverantwortlicher Gastwirtschaftserwerb schon im Jahr 1979, möglicher Ausbau zu einer Gaststättenkette, allgemeine Wertschätzung der Immobilien noch in den Jahren 1979 und 1980, beginnender Verfall des Immobilienmarktes erst danach, Verkauf der Einnahmequelle Gewerbebetrieb im Oktober 1981 ohne Unterrichtung des Beklagten – sind sämtlich auch beim Verschulden zu berücksichtigen. Ob – falls der Beklagte überhaupt sein Augenmerk darauf richten mußte – dann das Nichterkennen der schwierigen Zukunftssituation durch den Beklagten im Verhältnis der Parteien zueinander als schuldhaft einzustufen ist, kann zweifelhaft sein.

Überschreiten der finanziellen Belastungsgrenzen

Schließlich läßt das Berufungsurteil eine Auseinandersetzung mit der Frage vermissen, ob das Verhalten des Beklagten bei den einzelnen Anlageobjekten unterschiedlich zu beurteilen ist.

Das Berufungsgericht führt dazu aus:

Eine Beschränkung der Schadenersatzpflicht auf einzelne Modelle bestehe nicht. Auch wenn der Kläger seine Verpflichtungen aus einer Beteiligung habe erfüllen können, hafte der Beklagte für den durch alle gezeichneten Modelle verursachten Schaden, denn der Kläger habe sich aufgrund der fehlerhaften Beratung des Beklagten durch die Summe aller Beteiligungen überschuldet und infolgedessen seinen Verpflichtungen insgesamt nicht mehr nachkommen können. Auch das ist nicht rechtsfehlerfrei.

Es widerspricht schon der eigenen Erwägung des Berufungsgerichts (S. 18 Abs. 2 des Urteils), die Empfehlung, sich zum Zwecke der Steuerersparnis an einem Bauherrenmodell zu beteiligen, möge unter den für den Kläger im Jahre 1979 gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zu beanstanden sein. Das Berufungsgericht zeigt nicht auf, warum ein von ihm als pflichtgemäß angesehener Rat des steuerlichen Beraters infolge dessen späteren, möglicherweise fehlerhaften Rates nun doch als fehlerhaft bewertet werden kann. Hätten spätere Beteiligungen erst das Überschreiten der Belastungsgrenze zur Folge, dann kann allenfalls der zur späteren Beteiligung führende Rat beanstandet werden. Eine andere Frage ist, welcher Schaden durch einen solchen etwaigen Fehler herbeigeführt worden ist.

Allgemeinwissen des Geschäftsmanns:

Steuerersparnisse nur bei entsprechendem Einkommen

Deshalb ist allenfalls zu fragen, ob der Beklagte bei den späteren Beteiligungen im Hinblick auf seine allgemeine Schadenverhütungspflicht bei offen zutage liegenden wirtschaftlichen Fehlentscheidungen hätte abraten müssen. Das hängt davon ab, von welcher Grenze ab die dauernden zukünftigen Belastungen durch die Bauherrenmodelle offensichtlich wirtschaftlich nicht mehr tragbar sein konnten.

Nur **Zins und Tilgung des Fremdkapitals** sowie etwaige Verwaltungskosten konnten in die Zukunft wirken. Die beabsichtigten hohen Abschreibungsmöglichkeiten gerade im Anlaufsjahr, in dem der große Gewinn nicht in das zu versteuernde Einkommen einbezogen werden sollte, rechtfertigen es, das aufgebrachte Eigenkapital nebst Provision und Damnum bei der Festlegung der Belastungsgrenze zu vernachlässigen.

Bei allen Modellen wurde eine garantiert vermietete Eigentumswohnung im zu bauenden Haus mit etwa 65 % bis 80 % an Fremdmitteln gekauft, die bei einer Tilgung von 1 % bis 3 % circa 30 Jahre lang finanziert werden mußten. Die Erwartung, daß das Objekt sich mit Miete und Steuerentlastung selbst tragen werde, war dann richtig, wenn die vorausschauende Betrachtung ergab, daß entsprechender Gewinn zu versteuern und durch VVV zu vermindern war und der Immobilienmarkt stabil blieb. Der Kläger wollte Zins- und Tilgungsleistungen zumindest teilweise durch Steuerersparnisse aufbringen. Er hatte sich für die Bauherrenmodelle entschlossen, um diesen Zweck zu erreichen. **Daß Steuerersparnisse nur bei entsprechender Steuerschuld zu erzielen sind und deren Entstehung wiederum ein entsprechendes Einkommen voraussetzt, gehört zum allgemeinen Wissen eines jeden Geschäftsmannes, also auch des Klägers.** Das Berufungsgericht stellt fest, der Kläger habe von der wirtschaftlichen Bedeutung eines Bauherrenmodells gewußt. Unstreitig hatte er bei seinem Einkommen aus Gewerbebetrieb schon in den Jahren 1976 bis 1978 VVV wegen des von seiner Ehefrau errichteten Einfamilienhauses geltend gemacht und davon steuerlich profitiert.

Falls das Berufungsgericht zu dem Ergebnis kommt, der Beklagte habe seiner allgemeinen Schadenverhütungspflicht wegen von einer bestimmten späteren Beteiligung abraten müssen, ist also dafür eine Berechnung erforderlich, welche monatlichen Belastungen die einzelnen Objekte voraussichtlich für den Kläger brachten und welche Belastungen offensichtlich wirtschaftlich nicht mehr vertretbar waren. Erst der Rat zum Erwerb eines Objektes, das zu einer – vom damaligen Standpunkt aus – wirtschaftlich offensichtlich nicht mehr vertretbaren Belastung führte, kommt für eine Haftung des Beklagten überhaupt in Betracht.

Sollte das Berufungsgericht erneut einen schuldhaften Pflichtenverstoß des Beklagten bejahen und Verjährung verneinen (dazu BGHZ 94, 380 und 96, 290), dann wird es wiederum die Frage des Mitverschuldens zu prüfen haben. Der Beklagte hatte nach den Feststellungen des Tatrichters keinen besonderen Beratungsauftrag. Er kann allenfalls eine Nebenpflicht verletzt haben, die aus seinem Vertrag als steuerlicher Berater des Klägers herrührt. Es ging also um den eigenen Bereich des Klägers.

Haftung des Steuerberaters

– Steuerstrafe als Schaden?

(OLG Düsseldorf Urt. v. 22.1.1987 – 18 U 146/86, nicht rechtskräftig,
Az. des BGH IVa ZR 42/87)

Leitsatz (d. Verf.):

Die in einem Steuerstrafverfahren gegen den Mandanten verhängte Geldstrafe ist nicht erstattungsfähig.

Zum Sachverhalt:

Durch eine Betriebsprüfung wurde aufgedeckt, daß der Warenbestand der Steuerbilanz um DM 165.000,- niedriger als in der Inventurliste angegeben worden war. Es wurde ein Strafbefehl über DM 77.500,- ausgesprochen. Nach Einlegung eines Einspruchs wurde der Mandant zu einer Geldstrafe von DM 90.000,- verurteilt.

Der Mandant verlangte die Hälfte der Geldstrafe als Schadenersatz vom Steuerberater. Dieser sei für die fehlerhafte Angabe des Warenbestandes in der Steuerbilanz allein verantwortlich.

Aus den Gründen:

Rechtsgrundlage für Art und Umfang des Schadenersatzes ist § 249 BGB. Danach ist Voraussetzung einer Schadenersatzpflicht, daß der Schaden durch das zum Schadenersatz verpflichtende Ereignis verursacht worden ist. Bei der Verursachensfrage ist jedoch zu beachten, daß zwischen dem haftungsbegründenden Ereignis und dem Schaden ein Rechtswidrigkeitszusammenhang bestehen muß. Dieser ist nur dann gegeben, wenn der Schaden nach Art und Entstehungsweise unter den Schutzzweck der verletzten Norm fällt. Es muß sich um Nachteile handeln, die aus dem Bereich der Gefahren stammen, zu deren Anwendung die verletzte Norm erlassen worden ist (Palandt/Heinrichs BGB 45. Aufl. Vorbemerkung vor § 249, Anm. 5 c. – m. N.).

Besteht der ersetzt verlangte Schaden in einer vom Strafgericht verhängten Geldstrafe, so sind Sinn und Zweck der öffentlich-rechtlich verhängten Strafe zu bedenken. Der Täter soll die Folgen seiner Straftat spüren, er hat folglich eine gegen ihn verhängte Geldstrafe grundsätzlich aus seinem Vermögen selbst zu tragen.

Ersetzt ein Dritter dem Täter die gegen diesen verhängte Geldstrafe, so kann das Handeln des Dritten – als **Begünstigung nach § 257 BGB** –

strafbar sein. Dies wird man zumindest für den Fall annehmen müssen, daß der Dritte dem Täter **vor** der Begehung einer kriminellen Straftat die Übernahme der zu erwartenden Geldstrafe zusagt. Für den Fall, daß der Dritte **nach** der Straftat die Zahlung der Geldstrafe – durch vertragliche Verpflichtung oder im Wege des Schadenersatzes – übernimmt, haben Reichsgericht und Bundesgerichtshof allerdings eine strafrechtliche Begünstigung verneint und die Übernahme unter besonderen Voraussetzungen für unbedenklich angesehen.

Das Reichsgericht hatte über einen Schadenersatzanspruch gegen einen Steuerberater zu entscheiden, dem folgender Sachverhalt zugrunde lag: Der Mandant eines Steuerberaters hatte sich – vor der Beratung durch den Steuerberater – der Steuerhinterziehung schuldig gemacht und beabsichtigte eine Selbstanzeige, um sich damit Straffreiheit gemäß § 410 der Reichsabgabenordnung zu sichern; **der Steuerberater riet ihm von der Selbstanzeige ab**, der Mandant wurde später zu einer Geldstrafe von 150.000 RM verurteilt. In diesem Falle hat das Reichsgericht eine Schadenersatzpflicht des Steuerberaters bejaht, weil er durch einen schuldhaft und fehlsam erteilten Rechtsrat die mögliche Straffreiheit seines Mandanten vereitelt habe. Es hat allerdings ausdrücklich dahinstellen lassen, ob ein Ersatzanspruch auch dann zu bejahen ist, wenn jemand durch einen Rat oder in sonstiger Weise zu einer Straftat veranlaßt wird (Urt. v. 10. 6. 1942 RGZ 169, 267; zustimmende Anmerkungen von Titze, Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 1943, 13, 15).

Der Bundesgerichtshof hat dieser Reichsgerichtentscheidung – und einer anderen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts (RAG 27, 43 ff) – zugestimmt (BGHZ 23, 222). Er hat jedoch hervorgehoben, daß es stets eines besonderen Rechtsgrundes bedürfe, der die Abwälzung einer Strafe rechtfertige (BGH, a.a.O. S. 225).

.....

Die geschilderten Entscheidungen hatten besondere Fallgestaltung zum Gegenstand. Einmal ging es um einen nach Begehung einer Straftat erteilten falschen Rat, zum anderen ging es um ein Nichtabraten bei einem nicht kriminellen Unrecht. Von solchen Ausnahmefällen abgesehen gilt aber der Grundsatz, daß es keinen schadensrechtlichen Ausgleich zwischen mehreren Tätern ein und derselben Straftat geben kann. „In einem solchen Falle ist es Sache des Strafrichters, die Höhe der gegen jeden einzelnen Täter zu verhängenden Strafe dem Gewicht seiner Schuld anzupassen und dabei auch zu berücksichtigen, ob und inwieweit etwa einer der Mittäter zu seiner Straftat durch das Verhalten des anderen Mittäters veranlaßt worden ist“ (BGH a.a.O., S. 225).

Nach der Darstellung des Klägers haben er und der Beklagte die Straftat der (vorsätzlichen) Steuerhinterziehung nach § 370 AO gemeinsam begangen. Der Kläger stellt zwar eine gewisse Mitverantwortung nicht in Abrede, hält den Beklagten aber für den eigentlichen Täter („Alleinverantwortlichen“). Wie das strafrechtlich einzuordnen ist – als Anstiftung oder echte Mittäterschaft – kann dahinstehen, entscheidend ist, daß beide, Mandant und Steuerberater, **gemeinschaftlich** handeln und daß der Kläger wegen dieser Tat bestraft wird.

Der Beklagte ist demgemäß – als Mittäter oder Anstifter – gleichfalls straffällig geworden. Folgerichtig schwebt deshalb auch ein Strafverfahren gegen ihn.

Wie oben ausgeführt, kann aber ein Mittäter von einem Beteiligten derselben Straftat unter zivilrechtlichen Gesichtspunkten keinen Schadenersatz verlangen. Dies wird besonders deutlich, wenn man an den Fall einer verhängten Freiheitsstrafe denkt, die – ebenso wie eine verhängte Geldstrafe – jedem Täter, Mittäter und/oder Gehilfen einer Straftat nach dem Maße seiner Schuld zugemessen wird (vgl. hierzu: LG Berlin, DR 1939, 2157; LG München, DStR 1978, 51).

Weiterführender Hinweis:

LG Düsseldorf Ur. v. 19. 6. 1986 – 14 O 11/86 – GI 1986, 24 mit Anmerkung

Anwaltpflichten und Beantragung eines Versäumnisurteils

- Mandanteninteresse
 - Gebot kollegialer Rücksichtnahme
- (OLG Düsseldorf Ur. v. 15. 5. 1986 – 2 U 80/85)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Eine Verhinderung am Erscheinen zur Gerichtsverhandlung ist schuldlos, wenn der Rechtsanwalt der erschienenen Partei entgegen der praktizierten Regel des anwaltlichen Standesrechts ein Versäumnisurteil beantragt, ohne dies dem ihm bekannten Rechtsanwalt der nicht erschienenen Partei vorher angedroht zu haben.
2. Das standesrechtliche Gebot des Vorrangs der Mandanteninteressen vor dem Gebot kollegialer Rücksichtnahme – § 21 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts – rechtfertigt den vorher nicht angedrohten Antrag auf Erlass eines Säumnisurteils nicht.

Tatbestand:

Zu der für den 23. 4. 1985, 9.30 Uhr, angesetzten mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht waren um 9.30 Uhr der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten sowie der Beklagte persönlich erschienen. Nachdem bis etwa 9.40 Uhr der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin nicht gekommen war, entfernte sich der Bevollmächtigte der Beklagten. Als er um spätestens 10.00 Uhr zurückkehrte, hatte inzwischen der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin gegen die Beklagten ein zweites Versäumnisurteil beantragt.

Aus den Gründen:

Es ist allgemein anerkannt (vgl. dazu BGH, NJW 1976, 196; BGH NJW 1978, 428; OLG München, OLGZ 1979, 238; OLG Nürnberg, AnwBl. 1983, 28; OLG Frankfurt, AnwBl 1980, 151 ff), daß ein solcher Fall einer schuldlosen Verhinderung der bei ordnungsgemäßigem Aufruf der Sache säumigen Partei vorliegt, wenn der Rechtsanwalt der erschienenen Partei entgegen einer durch ständige örtliche Übung praktizierten Regel des anwaltlichen Standesrechts ein Versäumnisurteil beantragt, ohne dies dem ihm bekannten Rechtsanwalt der nicht erschienenen Partei rechtzeitig vorher angedroht zu haben.

So liegt es auch hier: Wie den Mitgliedern des Senats aus ihrer eigenen früheren Tätigkeit bekannt ist und wie auch die Klägerin nicht bestreitet, pflegen sich auch die beim Landgericht Düsseldorf tätigen Rechtsanwälte allgemein an die Regel des § 23 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts zu halten und Versäumnisurteile gegen Parteien, die ihrerseits beim Landgericht Düsseldorf zugelassene Rechtsanwälte mit ihrer Vertretung beauftragt haben, nicht ohne vorherige Androhung zu beantragen. Die Beklagten brauchten daher am Vormittag des 23. April 1985 nicht mit dem Antrag auf Erlaß eines Versäumnisurteils zu rechnen. Denn für sie hatte sich schon Monate vorher ihr erstinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter gemeldet, der u. a. den Einspruch gegen das erste Versäumnisurteil beim Landgericht eingereicht hatte, zuletzt unter dem 15. und 25. Februar 1985.

Es ist auch nicht ersichtlich, weshalb der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin am 23. April 1985 hätte annehmen sollen, die Beklagten wollten sich nicht mehr gegen die Klage verteidigen und deswegen werde ihr Prozeßbevollmächtigter nicht für sie auftreten. Aus dem Umstand allein, daß dieser in der Zeit vom Eintreffen des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin (frühestens 9.40 Uhr) bis spätestens 10.00 Uhr nicht im Gerichtssaal anwesend war, konnten die Klägerin und ihr Prozeßbevollmächtigter einen solchen Schluß jedenfalls nicht ziehen, zumal der Prozeß-

bevollmächtigte der Beklagten in dem früheren Termin, in welchem das erste Versäumnisurteil ergangen war, anwesend gewesen war und erklärt hatte, er trete nicht auf, weswegen anzunehmen war, daß er, wenn er auch im zweiten Termin nicht hätte auftreten wollen, dies dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin vorher mitgeteilt hätte.

Auch der in § 21 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts normierte Vorrang des Mandanteninteresses vor dem Gebot kollegialer Rücksichtnahme rechtfertigte am 23. April 1985 den vorher nicht angeordneten Antrag auf Erlaß des Versäumnisurteils nicht. Denn es wäre dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin ohne große zeitliche Verzögerung möglich gewesen, vom Gericht aus in der Kanzlei des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten anzurufen und den Antrag auf Versäumnisurteil anzudrohen; dann aber wäre ihm mitgeteilt worden, der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten sei bei Gericht um 11 a. auch in dieser Sache aufzutreten. Die Sache hätte dann ab 10.00 Uhr verhandelt werden können, ohne daß die Interessen der Klägerin beeinträchtigt gewesen wären.

GI Hinweis

Mitteilung des Bundesministers der Finanzen

– verbindliche Auskunft durch Finanzämter

Die Finanzämter können nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsprechung auch außerhalb der Regelungen der §§ 204 ff. AO und des § 42 e EStG verbindliche Auskünfte über die steuerliche Beurteilung von genau bestimmten Sachverhalten erteilen, wenn daran im Hinblick auf die erheblichen steuerlichen Auswirkungen ein besonderes Interesse besteht.

Der Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft ist schriftlich bei dem Finanzamt zu stellen, das bei Verwirklichung des Sachverhalts voraussichtlich zuständig sein würde. Er muß bestimmte Angaben enthalten, wie z. B. die Darlegung des besonderen steuerlichen Interesses sowie eine ausführliche Darstellung des Rechtsproblems mit eingehender Begründung des eigenen Rechtsstandpunktes.

Verbindliche Auskünfte werden nicht erteilt in Angelegenheiten, bei denen die Erzielung eines Steuervorteils im Vordergrund steht (z. B. Prüfung von Steuersparmodellen, Feststellung der Grenzpunkte für einen Gestaltungsmißbrauch oder für das Handeln eines ordentlichen Geschäftsleiters).

Die Befugnis, nach pflichtgemäßem Ermessen auch in anderen Fällen die Erteilung verbindlicher Auskünfte abzulehnen, bleibt unberührt (z. B. wenn zu dem Rechtsproblem eine gesetzliche Regelung, eine höchstrichterliche Entscheidung oder eine Verwaltungsanweisung in absehbarer Zeit zu erwarten ist).

Diese Regelung ergeht zunächst zum Zwecke der Erprobung.

(BdF-Finanznachrichten Nr. 24/87 v. 26.6.1987 STEUER-TELEX 2742)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–8, 1987)

Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.		Beratung	
– § 9 IV	87, 70	– prognostische	87, 122
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Berichtigung gem. § 173 AO	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Mitarbeiterverschulden	87, 44 (LS)
Anlageberatung		– neue Tatsache	87, 44 (LS)
– Bonitätsprüfung	87, 51	Beweislast	
– Liquiditätsbelastung	87, 51, 119	– für Fehlberatung	87, 66, 80 (LS)
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51, 121	Buchführungsauftrag	
– Provisionsgeschäfte s. dort	87, 51, 121	– Buchung ohne Beleg	87, 4
– unentgeltliche –	87, 52	– Unterschlagungsentdeckung	87, 4
Antrag		Darlegungslast für Regreßanspruch	
– Investitionszulage	87, 20	– Anlageberatungsvertrag	87, 45
– = zuständiges Finanzamt		– Buchungsfehler	87, 102
Anwaltsvertrag		– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	Dienstvertrag	
Auskunft des FA	87, 129	– Anwaltsvertrag	87, 36
Bauherrenmodell		Dritthaftung	
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73	– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34
– Treuhänder	87, 69	– sittenwidrige, vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
Belehrungspflicht		– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27
– Art der Belehrung	87, 66 (LS)	– Kreditgeberschutz	87, 27
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	87, 119	– = Zwischenabschluß	87, 27
– Ende der –	87, 50		
– = und Mandatsende			
– über eigene Fehler	87, 49		
– = schuldhafte Verletzung der –			
– über steuerliche Risiken	87, 120		

Fristenkontrolle			
– unverschuldetes Säumnis/ Brief an unzuständiges FA	87, 20		
Geldstrafe/-buße			
– Schaden	87, 24, 125		
Haftungsbeschränkung in AGB			
– Haftungshöchstsumme	87, 34		
Herausgabeanspruch			
– gespeicherter Buchhaltungsdaten	87, 116		
Honoraranspruch d. RA			
– vorzeitige Beendigung des Mandats, § 13 BRAGO	87, 35		
– Herabsetzung des –, § 3 Abs. III BRAGO	87, 34		
– Pauschalhonorar	87, 34		
– Verrechnung mit Anderkontengelder	87, 94 (LS)		
Honoraranspruch d. StB			
– Buchführungsmandat	87, 9, 112		
– Verjährung	87, 9		
Honorarforderung d. StB			
– Fälligkeit	87, 112		
– Ausschluß der Aufrechnung	87, 112		
Konkursverwalter, Haftung des –			
– Betriebsfortführung	87, 26 (LS)		
Kostenerstattungsanspruch			
– USt auf Reisekosten des RA	87, 116		
Kündigung des Mandats			
– fristlose – § 627 BGB	87, 99, 108		
– durch Mandaten	87, 35, 98		
– durch StB zur Unzeit	87, 102		
– wegen Verzug des StB	87, 98, 99		
Literatur- u. Rechtsprechungshinweise			
– Darlegungs- und Beweislast für Regreß gegen StB	87, 106		
– Honoraranspruch	87, 40		
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40		
– Provisionszahlung an StB/Wp	87, 88		
– Verjährung § 68 StBerG/Treuhänder	87, 69		
– Wiedereinsetzung	87, 23		
Mehrfachberufler, Wp/StB/RA	87, 67		
Mitverschulden (§ 254 BGB)			
– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6		
Notar, Gebühren des			
– Verrechnung mit Anderkontengeld	87, 94		
– Sachverhaltsermittlung	87, 8		
– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7		
– Treuhandgelder	87, 94 (LS)		
Prospekthaftung			
– bei Bauherrenmodell	87, 54		
– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54		
Prospektprüfer			
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Bauherren?	87, 54		
– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54		
Provisionsgeschäfte			
– Rückforderung der	87, 85		
– Schadenersatzpflicht ohne Fehlberatung	87, 117		
– Zahlung an Strohmann	87, 86		
Rechtsanwalt			
– Antrag eines Versäumnisurteils	87, 128		
– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12 (LS)		
Rechtsbeistand			
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12 (LS)		
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)		
– durch Schuldenregulierung	87, 12 (LS)		
– durch Versicherungsmathematiker/ Rentenbescheid	87, 12 (LS)		
Sachverhaltsermittlung	87, 8		
Sachverständiger			
– Rechtsberatung durch	87, 12 (LS)		
Schaden			
– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24		
– Geldbuße	87, 24, 125		
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73		
Steuerberater			
– internationale Zusammenarbeit mit Berufskollegen	87, 116		
Steuerberatungsgesellschaft			
– mit berufsforem dem Gesellschafter	87, 66 (LS)		
Steuerberatungsgesetz			
– § 4 Ziff. 5	87, 13		
– = durch Unternehmensberater			
– = unmittelbarer Zusammenhang	87, 14		
– § 57			
– = Gebühreuzahlung durch Dritte	87, 17, 19		
– = Unabhängigkeit	87, 17		
– = Werbeverbot	87, 116		
Steuerberatungsvertrag			
– Auflösung des –			
– = zum Jahresende	87, 99		
– einverständliche –	87, 102		
– Auflösung der StB-Sozietät	87, 98		
– Dienstvertrag	87, 99, 102, 108		
– und Anlageberatungsvertrag	87, 35		

- Kündigung durch Mandanten	87, 35	- Sekundäranspruch	87, 49
- Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32	= Belehrungspflicht	
- Werksvertrag	87, 98	= Verschulden	87, 49
- Zustandekommen des –	87, 52	- Treuhand	87, 67
= Indiz: Honorarzählung		Verschulden	
Steuerhinterziehung		- Belehrung über Fehler	87, 49
- Fortsetzungstat	87, 2	Versicherungsschutz	
- Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2	- Klagefrist §12 Abs. III VVG	87, 26
- USt-Erstattungsanspruch	87, 2	(LS)	
- Verjährung	87, 2	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
Testat		- zugunsten des Kreditgebers	87, 27
- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27	- Prospektprüfungsvertrag	87, 54
- Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27	zugunsten des Bauherrn?	
Treuhand		Vertragsgestaltung	
- Auskunftspflicht des –	87, 94	- Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
(LS)		Vorsatz	
- Einsichtsrecht des Treugebers	87, 94	- sittenwidrige vorsätzliche	87, 27
(LS)		Schädigung, § 826 BGB	
- prospektierter Gesamtaufwand	87, 73, 92	Vorvertraglicher Regreßanspruch	
- Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl.	87, 89	- Verjährung des –	87, 83
Grundlagen		Werkvertrag	
- Verjährung des Regreßanspruch	87, 67, 81	- Konkursbuchhaltung	87, 98
- Verwaltung des Gesellschaftsanteils	87, 89	- Zustandekommen des –	
- Zustimmung zur Umplanung	87, 89	Wiedereinsetzung	
Unerlaubte Handlung		- Fristenkontrolle	87, 20
- sittenwidrige vorsätzliche	87, 27	= falsches FA	
Schädigung, § 826 BGB		= Kompensationsverschulden	
Unterschlagung		d. Gerichts/FA	87, 20
- Buchführungsmandat	87, 4	- Weiterleitung an zuständiges	87, 20
- Mitverschulden d. Mandanten	87, 6	FA/Gericht	
Verjährung		Wirtschaftsprüfer	
- des Honoraranspruchs	87, 9	- Berufstätigkeit, § 2 I WPO	87, 67, 81
Verjährung (§ 51a WPO)		- Treuhand	87, 67, 81
- Mehrfachberuf	87, 67	Zurückbehaltungsrecht	
- vorvertraglicher Regreßanspruch	87, 81	- an gespeicherten Buchhaltungsdaten	87, 116
- Treuhand	87, 67, 81	(LS)	
Verjährung (§ 68 StBerG)			
- Schadenentstehung	87, 47, 83		
= Kapitalanlage			

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85	87, 2	BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85	87, 18
= wistra 86, 142		= WM 1987, 83 = EBE 1987, 40	
= Anm. Würthwein wistra 86, 258		= EWiR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189	
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86	87, 2	(Michalski)	
= wistra 86, 257		= JZ 1987, 466 m. Ahrens	
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86	87, 26	BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85	87, 35
= VersR 1987, 39	(LS)	= WM 1987, 265	
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84	87, 13	BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7
= WM 1987, 85 = EBE 1987, 36			
= JZ 1987, 466 m. Ahrens			

BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 = WM 1987, 257 = ZIP 1987, 376 = DB 1987, 828 = BB 1987, 371 = EWIR § 826 BGB 2/87 591 (Gräfe) = WuB IVa § 328 BGB 1.87 (Joheke)	87, 27	LG Düsseldorf v. 21.5.1986 – 12 O 584/85 = STEUER-TELEX 338/87 LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86 LG Kleve v. 20.2.1987 – I O 340/86 LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15 BNotO 1.86, Reithmann	87, 116 (LS) 87, 24 87, 73 87, 94
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86 = ZIP 1987, 115	87, 26 (LS)		
BGH v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86 = 1987, 590	87, 66 (LS)		
BGH v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85	87, 119	LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85	87, 51
BGH v. 11.3.1987 – IVa ZR 290/85	87, 81	LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 12 (LS)
BGH v. 1.4.1987 – IVa ZR 211/85 = WM 1987, 725	87, 84	LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 54
BGH v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86 = WM 1987, 725	87, 80 (LS)	AG Sinzig v. 30.12.1986 – 7 C 463/86 (rkr.)	87, 108
BGH v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86	87, 117	LAG Hamm v. 13.5.1986 – 11 Sa 2354/85 = RBeistand 1986, 100 m. Anm.	87, 12 (LS)
OLG Düsseldorf v. 14.3.1985 – 18 U 45/86	87, 98	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85 = RBeistand 1986, 131	87, 12 (LS)
OLG Düsseldorf v. 11.4.1985 – 18 U 190/84	87, 98 (LS)		
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2	BFH v. 9.10.1986 – IV R 135/84 = BStBl. 1987 II, 124	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 3.7.1986 – 18 U 45/86	87, 102	FG Düsseldorf v. 21.5.1986 – XI 388/79 F = NJW 1987, 344	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 15.5.1987 – 2 U 80/85	87, 128	FG Köln v. 10.12.1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 4.6.1987 – 18 U 8/87 (rkr.)	87, 99		
OLG Hamburg v. 10.12.1986 – V U 50/86 = EWIR § 68 StBerG 1/87 (Graf v. Westphalen)	87, 68	Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 – = Stbg 1987, 18	87, 44 (LS)
OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3	FG Rheinland-Pfalz v. 18.8.1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 45	BdF Schr. v. 24.6.1987 = Finanznachrichten v. 26.6.1987 = DStR 1987, 437	87, 129
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9		
OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85	87, 94 (LS)	OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20 = Wpg 1987, 47	87, 41
LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84	87, 89		
LG Braunschweig v. 11.1.1987 – 5 = 432/84 = StB 1987, 15	87, 116 (LS)	BDiG v. 29.1.1987 – IV VL 37/85 = MdR 1987, 467	87, 116 (LS)
LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85 = RBeistand 1986, 129	87, 12 (LS)		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.